

## Kurzprotokoll der Septembersession 2002

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Planungsvorlage](#)
- [Rücktritt](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen und Anfragen](#)

### Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 9. und dem 10. September 2002, fand unter dem Vorsitz von Yvonne Schärli, Ebikon, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Behandlung des Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative „Weniger Steuern für Sie!...“ und die Verabschiedung des neuen Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz). Der Entwurf einer Änderung des Grossratsgesetzes wurde in 1. Beratung behandelt. Mit Grossratsbeschlüssen genehmigte der Grosse Rat die Neuverteilung der Grossratsmandate wie auch eine Gemeindevereinigung in Beromünster. Der Rat beschloss ferner mit Dekret eine Fassadenerneuerung am Kantonspolizeigebäude in Luzern und genehmigte eine Bauabrechnung. Zudem begann er mit der Beratung des Bauprogramms 2003-2006 für die Kantonsstrassen.

Der Grosse Rat wies vier Vorlagen ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu und be-handelte 34 parlamentarische Vorstösse und zwei Begnadigungsgesuche. Eröffnet wurde der Eingang von 2 Petitionen und 39 parlamentarischen Vorstössen. Die für 17 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für 9 beschlossen und durchgeführt und für 7 ab-gelehnt. Ein Postulant und ein Interpellant verzichteten nachträglich auf die Dringlichkeit ihrer Vorstösse. Zwei Motionen wurden zurückgezogen.

Von den 51 traktandierten Geschäften konnten 16 parlamentarische Vorstösse nicht behan-delt werden.

### Rechtsetzung

**Volksinitiative „Weniger Steuern für Sie!...“.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative „Weniger Steuern für Sie!...“ gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 4. Juli 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 17. August 2002, S. 1990) wurde behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bu-cheli, Emmen) und die Initiative mit 85 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Das Volksbegehren mit dem Namen „Weniger Steuern für Sie! Damit die Steuerbelastung dem Durchschnitt der Zentralschweizer Kantone angepasst wird“ verlangt, dass die Staatssteuern der natürlichen Personen im Kanton Luzern bis spätestens Ende 2011 so festgelegt werden, dass die Steuerbelastung den arithmetischen Durchschnitt der Zentralschweizer Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug nicht übersteigt. Dabei dürften Einnahmehausfälle bei der Staatssteuer nicht durch andere Abgaben oder die Überwälzung von Aufgaben auf die Gemeinden kompensiert werden. Der Regierungsrat hatte dem Grossen Rat beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen, weil sie den Standort Luzern für Bevölkerung, Wirtschaft und Zuzüger unattraktiv mache. Zudem könne die Initiative die gesteckten Ziele nicht erreichen und schaffe auf Jahre hinaus politische Unsicherheit. Die Initiative unterliegt der Volksabstimmung.

**Stipendiengesetz.** Der Entwurf eines neuen Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 14. Mai 2002 (siehe Luzerner Kan-tonsbblatt Nr. 24 vom 15.

Juni 2002, S. 1523) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission mit 84 gegen 18 Stimmen gutgeheissen. Mit dem neuen Stipendiengesetz wird die heute bestehende Benachteiligung einzelner Gruppen von Lernenden ausgemerzt sowie die Bemessung der Elternbeiträge und der anerkannten Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten angepasst. Beitragsberechtigte Ausbildungen und anerkannte Ausbildungsinstitutionen werden im Gesetz neu definiert. Die bisher bestehende Altersgrenze von 30 Jahren entfällt. Die Form der Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) und das Fehlbetragsdeckungssystem werden jedoch beibehalten. Das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 14. September 2002, S. 2199) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 13. November 2002.

**Grossratsgesetz.** Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Grossen Rates (Grossratsgesetz) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. Juni 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 28 vom 13. Juli 2002, S. 1743) wurde in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und gutgeheissen. Mit der Änderung des Grossratsgesetzes sollen die Informationsrechte der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) ausgeweitet werden. Die AKK erhält insbesondere die Möglichkeit, Befragungen von Angestellten der Verwaltung und Besichtigungen ausnahmsweise ohne vorgängige Anhörung der zuständigen Departementsvorsteherin oder des zuständigen Departementsvorstehers durchzuführen. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Neuverteilung der Grossratsmandate.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Verteilung der Grossratsmandate auf die sechs Grossratswahlkreise gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. Juni 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 17. August 2002, S. 1989) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und gutgeheissen. Gestützt auf die Bevölkerungszahlen vom 1. Januar 2002 werden die Grossratsmandate neu wie folgt auf die sechs Wahlkreise verteilt: Luzern-Stadt 19, Luzern-Land 34, Hochdorf 20, Sursee 23, Willisau 17 und Entlebuch 7.

**Gemeinde Beromünster.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Vereinigung der Bürgergemeinde Beromünster mit ihrer Einwohnergemeinde gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 28. Juni 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 17. August 2002, S. 1990) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und gutgeheissen.

## Finanzvorlagen

**Fassadenerneuerung des Kantonspolizeigebäudes.** Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Fassadenerneuerung und die Aufstockung des Kantonspolizeigebäudes in Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. Juni 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 28 vom 13. Juli 2002, S. 1744) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und mit 25 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Dekret bewilligte der Grosse Rat 5,792 Millionen Franken für das Bauprojekt. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 14. September 2002, S. 2206) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 13. November 2002.

**Korrektion Rotbach.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über die Korrektion des Rotbachs zwischen dem Rotbachtobel und dem östlichen Rand des Untern Schiltwaldes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. Juni 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 17. August 2002, S. 1989) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und gutgeheissen. Der für die Korrektion bewilligte Kredit wurde um 2 585 034 Franken unterschritten.

## Planungsvorlage

**Bauprogramm 2003-2006 für die Kantonsstrassen.** Mit der Behandlung des Entwurfs eines Grossratsbeschlusses über das Bauprogramm 2003 - 2006 für die Kantonsstrassen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. Juni 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 17. August 2002, S. 1987) hat der Grosse Rat begonnen (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau). Er wird die Beratung in der Oktobersession zu Ende führen. Im Anhang des Grossratsbeschlusses sind erstens die Bauvorhaben aufgelistet, die vom alten Programm übernommen werden, zweitens Bauvorhaben, die im alten Programm projektiert waren und ins neue Bauprogramm aufgenommen werden, und drittens sind die neuen Bauvorhaben enthalten. Pro Jahr stehen in den Jahren 2003 - 2006 gemäss Finanzplan durchschnittlich rund 27,5 Millionen Franken für Strassenbauvorhaben zur Verfügung.

### **Rücktritt**

**Gerichte.** Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Irene Hofer, Luzern, Ersatzrichterin am Verwaltungsgericht Luzern, auf Ende Jahr 2002.

### **Motionen**

**Erheblich erklärt** wurde die Motion M 724 von Beat Felder, Sursee, über die Erstellung eines Katasters für schützenswerte Objekte.

**Abgelehnt** wurden die Motionen

- M 545 von Rosa Rumi, Alberswil über die Erhöhung der Stipendien,
- M 632 von Pius Höltschi, Aesch, über die Aufnahme des Rad-/Gehweg-Verbindungsstücks bei der Abzweigung Niederschongau bis Dorfeingang Mettmen-schongau entlang der K 64,
- M 633 von Pius Höltschi, Aesch, über die Aufnahme des Ausbaus des Gehwegs Hippotel-Schlatt entlang der K 63 in das Strassenbauprogramm 2003 - 2006,
- M 634 von Pius Höltschi, Aesch, über einen Planungsbericht betreffend Gesamtkonzeption der Verkehrserschliessung Luzerner Seetal,
- M 664 von Paula Giger, Luzern, über eine Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen,
- M 717 von Fredy Zwimpfer, Oberkirch, über die Unterschutzstellung von Immobilien (dringliche Behandlung),
- M 733 von Walter Stucki, Emmen, über die Streichung der unter Schutz gestellten Teile der ehemaligen Ofenfabrik Sursee aus dem kantonalen Denkmalverzeichnis (dringliche Behandlung).

**Zurückgezogen** wurden die Motionen

- M 646 von Adrian Borgula, Luzern, über eine Verzichtsplannung im kantonalen Strassenbau,
- M 718 von Anton Kunz, Grosswangen, über die Unterschutzstellung des Therma-Gebäudes in Sursee.

### **Postulate**

**Erheblich erklärt** wurden die Postulate

- P 601 von Josef Fischer, Triengen, über die Finanzierung der Strassenrechnung,
- P 621 von Adrian Borgula, Luzern, über die Sicherung gefährlicher Zebrastreifen,

- P 602 von Karl M. Ronner, Triengen, über die interkantonale Zusammenarbeit in Sachen Landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentren,
- P 603 von Karl M. Ronner, Triengen, über die Vermittlung des Stoffs Ganzheitliches Beurteilen und Fördern in der Lehrerausbildung,
- P 722 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Aufnahme der ehemaligen Ofenfabrik Sursee in das kantonale Denkmalverzeichnis und die Überbauung des entsprechenden Areals (dringliche Behandlung),
- P 723 von Beat Felder, Sursee, über die geplante Überbauung auf dem Gelände der Therma AG in Sursee (dringliche Behandlung).

**Teilweise erheblich erklärt** wurden die Postulate

- P 585 von Walter Stucki, Emmen, über die Verkehrssicherheit auf der Seetalstrasse im Bereich Waltwil-Mettenwilhöhe in den Gemeinden Emmen und Eschenbach,
- P 714 von Karl M. Ronner, Triengen, über existenzfördernde Massnahmen in der Land- und Milchwirtschaft (dringliche Behandlung).

**Abgelehnt wurde** das Postulat P 706 von Walter Häcki, Luzern, über ein rasches Überprüfen des Standorts der Universität Luzern im Hinblick auf Veränderungen mit der Armee XXI.

**Interpellationen und Anfragen**

**Schriftlich beantwortet** wurden die Interpellationen und Anfragen

- A 627 von Hans Peter Pfister, Eich, über die Auslastung des AAL,
- A 624 von Josef Huber, Kriens, über die Einhaltung des noch gültigen Stimmrechtsgesetzes,
- A 689 von Alois Hodel, Egolzwil, über die Umsetzung des neuen Elektromarktgesetzes,
- A 661 von Odilo Abgottspon, Luzern, über Veränderungen der Finanzkraft des Kantons Luzern wegen Steuersenkungen und deren Folgen,
- A 553 von Damian Meier, Wolhusen, über den Stand der Dinge in den Bereichen Tagesschulen/Förderung von Tagesstrukturen für Familien mit Kindern,
- A 648 von Bernhard Blöchliger, Adligenswil, über die Ausschulung von Jugendlichen aus dem obligatorischen Schulunterricht,
- A 681 von Karl M. Ronner, Triengen, über Richtlinien für Schüler und Schülerinnen an heissen Tagen,
- A 694 von Margret Müller, Oberkirch, über das Thema „Diplommittelschulen wohin“,
- A 558 von Moritz Bachmann, Malters, über BSE als Politlüge,
- A 574 von Jules Frey, Luzern, über die Qualitätssicherung in Luzerner Alters- und Pflegeheimen,
- A 642 von Erwin Dahinden, Schüpfheim, über Botulismus im Kanton Luzern,
- I 492 von Josef Huber, Kriens, über Möglichkeiten und Massnahmen der Regierung gegen Terror- und Gewaltakte,
- A 713 von Anton Kunz, Grosswangen, über den Fall Pax in Sursee (dringliche Behandlung),
- A 734 von Walter Stucki, Emmen, über die Unterschutzstellung von Teilen der ehemaligen Ofenfabrik Sursee (dringliche Behandlung).

**Mündlich beantwortet** wurde die Anfrage A 735 von Patrick Graf, Kriens, über die einseitige Beeinflussung von Kantonsangestellten vor Volksabstimmungen (dringliche Behandlung).